

12 Monate Corona in Österreich eine ernüchternde Bilanz

Im Staatsgebiet der Republik **Österreich** leben auf 83.800 Km² rund 8,9 Millionen Menschen. Die zentrale Lage in Europa, mit acht angrenzenden Nachbarstaaten mit regem Warenaustausch, mit täglichen Berufspendlern und vielen Bürgern angrenzender Staaten, die zu Feiertagen und Urlauben ihre Heimat besuchen, macht eine wirkungsvolle Abschottung nahezu unmöglich. Während des ersten Lockdowns war dies noch einigermaßen möglich, ab dem Sommer 2020 aber nahezu unmöglich, auch weil Österreich in vielen Bereichen auf die Arbeitskräfte aus anderen Ländern nicht verzichten kann.

Im Rückblick und bei der Bewertung der Maßnahmen in Österreich muss man die besondere geographische Situation vor Auge haben, um das von der Opposition in Österreich gerne als „Pleiten Pech und Pannen Management“ bezeichnete Vorgehen der österreichischen Bundesregierung und der Bundesländer emotionsfrei beurteilen zu können.

Natürlich gab es neben richtigen Entscheidungen auch eine Reihe von gravierenden Fehlentscheidungen, die genannt werden müssen. Die vielen permanent publizierten Statements zum „Corona-Missmanagement“ der Regierung sind bei näherer Betrachtung aber in dieser weitgehend unreflektierten Form nicht als allein gültig zu betrachten. Das generell simplifizierende Urteil von Opposition und manchen Medien ist daher nur bedingt richtig und in erster Linie von parteipolitischem Kalkül und weniger von epidemiologischen Gesichtspunkten geprägt.

Man kann die kollektive Performance der gesamten, föderalen Struktur von Bund, Land, Bezirken und Gemeinden weder als gut noch als wesentlich schlechter als in anderen EU-Staaten bezeichnen. Viele der Fehler und manche Schwächen hätte man aber leicht vermeiden oder abfedern können. Mittelmäßig wäre

eine geeignete qualitative Beurteilung der Gesamtpformance im Vergleich mit anderen Staaten der EU. Vergleiche mit asiatischen Staaten, mit Israel oder China sind wegen völlig anderer politischer Verhältnisse wenig aussagefähig.

Diese Mittelmäßigkeit ist ein Ergebnis, das von vielen Faktoren bestimmt wird – zum einen die Versäumnisse und die Schwerfälligkeit der Administration von Bund über Länder bis zu Bezirken und Gemeinden, teils die mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit von Interessensvertretungen, zum anderen die monatelangen zerstörerischen Kommentare der Opposition und natürlich das Verhalten der Bevölkerung mit sinkender Zustimmung zu Regeln und wachsendem Leichtsinn bis hin zu Widerstand und Protest auf der Straße. Die seit Monaten schwindende Solidarität und eine „Vollkaskomentalität“ vieler Menschen, die in erster Linie vom Staat fordern, aber nur eingeschränkt bereit sind, einen Beitrag zu leisten, haben zu diesem Ergebnis ganz erheblich beigetragen.

Die Pandemie hat die Schwächen der österreichischen Administration und den erbarmungswürdigen Zustand der politischen Kultur in unserem Land schonungslos an die Oberfläche der Wahrnehmungen gespült.

Welches Verhalten von den Bürgen zu erwarten ist, wenn neben den erkennbaren Schwächen und Fehlern der Regierung zusätzlich seitens der Opposition monatelang nahezu täglich die Regierung und deren Maßnahmen kritisiert werden, war vorbestimmt und keineswegs eine überraschende Entwicklung.

Ein Bemühen um konstruktive Zusammenarbeit war bei der Opposition nur sehr vereinzelt wahrnehmbar, aber vermutlich war das auch nie das wirkliche Ziel, sondern man wollte vermutlich nur der Regierung und ganz besonders dem Kanzler Kurz maximalen Imageschaden zufügen, um daraus eventuell zukünftige Stimmengewinne zu generieren. Nach einem kurzen Aufflackern eines nationalen Schulter schlusses im März 2020 ist Österreich davon im März 2021 meilenweit entfernt.

Eine offene, ehrliche Diskussion zu all den Fragen rund um die Pandemie hat es leider nicht gegeben, dazu wäre es notwendig gewesen, dass alle Gesprächspartner ihre extremen Positionen verlassen und zu einer faktenbasierten Beurteilung der Lage finden.

Die Entwicklung zeigt aber auch, dass allein die Ankündigung von „möglichen“ Lockerungen sofort zu Leichtsinns und nachlassender Regeleinhaltung führt.

Diese Mittelmäßigkeit ist daher auch ein umfassendes Spiegelbild der gesellschaftspolitischen Situation in Österreich auf allen Ebenen, über die man sich ernste Sorgen machen muss.

Wenn nur die Todeszahlen als Maßstab herangezogen werden, dann ist Österreich bisher „relativ gut“ durch die Krise gekommen, nur ist eine isolierte Betrachtung einzelner Fakten wenig geeignet, eine umfassende Beurteilung abzugeben. Das permanente Selbstlob der Regierung ist aber jedenfalls unangebracht. Österreich ist bisher nur dann gut durch die Krise gekommen, wenn man sich mit Staaten vergleicht, die schlechter reagiert haben. Der Sinn von Benchmarks kann aber nur sein, sich mit den Besten zu vergleichen und von ihnen zu lernen, und dann schaut die Bilanz ganz anders aus.

So ist es jedenfalls falsch, nur die Todeszahlen als Maßstab einer qualitativen Beurteilung heranzuziehen. Ein Blick zum Nachbarn Deutschland zeigt dies ganz deutlich, die Todeszahlen liegen noch unter jenen Österreichs, die Gesamtperformance ist um nichts besser und wird von vielen Kommentatoren in Deutschland mittlerweile als „dysfunktional“ bezeichnet.

Die staatlichen Hilfen für die Wirtschaft, für Gemeinden und Kulturschaffende in Österreich werden sich im Laufe des Jahres auf rund 38 bis 40 Milliarden € erhöhen, hinzu kommen die Kosten für Material und operative Kosten bis hin zu den

erheblichen Mehrleistungen des Gesundheitssystems und vieler anderer Behörden, die bislang überhaupt nicht beziffert wurden.

Die Verluste des BIP im Jahre 2020 können relativ zuverlässig ermittelt werden und dürfte mit einem Wert von etwa 26 Milliarden € annähernd treffend anzusetzen sein (6,6% von 400 Milliarden). Auch 2021 wird man mit geringerem Wachstum noch nicht das Niveau des Jahres 2019 erreichen; ein Ansatz von weiteren 20 Milliarden € als entgangener Wert dürfte auch hier nicht ganz falsch sein.

Jede weitere Woche im Lockdown – auch wenn dieser „nur“ Teile Österreichs betrifft – verschlechtert diese Werte, reduziert das erwartbare Wachstum für 2021, reduziert die Steuereinnahmen und erhöht den Bedarf an staatlicher Unterstützung für die Wirtschaft. Wenn sich der Finanzminister im Parlament dazu mit der lockeren Feststellung „wir können uns den Lockdown leisten“ ans Mikrofon stellt, dann kann man das auch als Versuch einer beruhigenden Meldung werten.

Völlig unklar wird noch einige Zeit der Ansatz für die gesellschaftlichen Verluste bleiben, für die Folgekosten der Stabilisierung und Belebung des Arbeitsmarktes und die für Kosten in der Folge der erwartbaren Unternehmens- und Privatinsolvenzen.

Aus der Sicht des Frühjahrs 2021 kann eine Bilanz nur eine Momentaufnahme darstellen, viel zu viele Fakten und Ergebnisse der Pandemie fehlen oder aktuell noch nicht in vollem Umfang erfassbar sind. Für eine endgültige Bilanz wird es notwendig sein, auch die Langzeitwirkungen auf die psychische Gesundheit der Menschen einzubeziehen. Und dabei wird es auch notwendig sein, die durch Corona noch beschleunigte weitere Öffnung der Schere zwischen „Arm und Reich“ oder besser, zwischen „Verlierern und Gewinnern“ zu betrachten.

Die mittelfristige Bewältigung dieser volkswirtschaftlichen Belastung wird mindestens genau so viel Solidarität und Zusammenhalt der Gesellschaft erfordern, wie es in den Monaten der Pandemie erforderlich gewesen wäre.

Dies zu erreichen ist jedenfalls eine Herkulesaufgabe der Politik; die Nachwirkungen der Pandemie sind sicher erst dann bewältigt, wenn diese Aufgabe ohne nachhaltige ökonomische und gesellschaftliche Verwerfungen erledigt werden kann.

Wie das in der polarisierten Situation der österreichischen Innenpolitik gelingen kann, ist aktuell nicht absehbar.

Während China im Jahr 2020 trotz Corona ein Wachstum von 2,3 % verzeichnet und für 2021 ein Wachstum von 7,9% erwartet, gab und gibt es in den westlichen Demokratien, ganz besonders in Europa, Wirtschaftseinbrüche von rund 6%, massive Abstimmungsprozesse zwischen den beteiligten Interessengruppen, Massenproteste, Maßnahmenverweigerung und eine eklatante Vernichtung von Volksvermögen.

Während Europa seit Februar 2021 von einer dritten Welle mit steigenden Infektionszahlen und schweren Erkrankungen überrollt wird, ist das Virus in China und in den asiatischen Demokratien nahezu kein Thema mehr. In Österreich wird bei 3.000 täglichen Infektionszahlen und einer Inzidenz von 250 „beobachtet und analysiert“, in China wird bei 32 neuen Fällen sofort und konsequent reagiert. Das ist der Unterschied, der sich dann auch in Wirtschaftszahlen widerspiegelt.

Manch europäische Staaten taumeln von einem Lockdown zum nächsten und die Gesellschaft spaltet sich auch nach einem Jahr noch immer mit kontraproduktiven Diskussionen über Maskentragepflicht, über die Aussagefähigkeit von PCR-Tests, über die Zulässigkeit von temporären Beschränkungen der individuellen Freiheiten und über Versammlungs- und Demonstrationsrechte, während man sich in Asien fast

ausschließlich auf die Bekämpfung der Ursache, das Virus, konzentriert.

Das soll keineswegs als Plädoyer für einen Überwachungsstaat nach dem Muster China verstanden sein, aber über die Frage, wie eine westliche Demokratie gestaltet werden muss, um im Falle einer Pandemie, schnell, effektiv und effizient mit geringsten Reibungsverlusten reagieren zu können, sollte und muss man nach dieser Krise nachdenken. Dafür gibt es mit Südkorea, Neuseeland, Australien und Finnland erfolgreiche Beispiele, an denen man sich orientieren könnte.